

## **Die Mitte und der Rechtsextremismus einst und jetzt: Bemerkungen zur Harzburger Front von 1931.<sup>1</sup>**

Wenn wir heute auf die letzten Jahre der Weimarer Republik zurückblicken, verfallen wir allzu leicht in das retrospektive Muster, diese Vergangenheit *nur* vor der Folie der mörderischen NS-Vergangenheit zu betrachten und nicht *auch* als damalige Gegenwart wahrzunehmen. Von dieser handelt unsere Ausstellung, von ihr handelt auch dieser Vortrag.

Will man die damalige Gegenwart verstehen, will man begreifen, was die Menschen Anfang der dreißiger Jahre zu oft fanatischen Anhängern einer totalitären Ideologie und Politik trieb, macht es Sinn, sich ihren Einstellungen-, Lebens- und Verhaltensweisen zu nähern. Dies Herangehen ist umso mehr nötig, als retrospektive Urteile<sup>2</sup> wie etwa, 1931/32 sei eh schon alles gelaufen, nicht nur verkennen, welche Dynamik gesellschaftliche Prozesse in kurzer Zeit entwickeln können, sondern auch den kritischen Zeitgenossen nicht gerecht wird. Die allermeisten Menschen in Deutschland, auch analytisch klare und weitsichtige, konnten kaum ahnen, auf welches Zeitalter ihre Gegenwart zusteuerte. So schrieb der Herausgeber der *Weltbühne*, Carl v. Ossietzky, in seiner politischen Lagebeurteilung am 3. Januar 1933 mit dem Titel *Wintermärchen*:<sup>3</sup>

„Am Anfang des Jahres 32 stand die Nazidiktatur vor der Tür, war die Luft voll Blutgeruch, schien die Erfüllung des Programms von Boxheim nur eine Frage der Zeit zu sein. An seinem Ende wird die Hitlerpartei von einer heftigen Krise geschüttelt, sind die langen Messer still ins Futteral zurückgesteckt und öffentlich sichtbar nur die langen Ohren des Führers. Die deutsche Entwicklung geht nicht glatt aber rapid.“<sup>4</sup>

Ossietzky hielt also zur Jahreswende 1932/33 die gewalttätige Bürgerkriegszeit der vorangegangenen Jahre für weitgehend abgeschlossen, und dies, obwohl er in seinem Artikel, dem dies Zitat entnommen ist, eine sehr treffende Analyse der Republikfeinde liefert. Ich komme später darauf zurück.

Wie sah es 18 Monate vorher auf der anderen Seite, der Seite der Marschierer und Jubler, der Gewalt- und Zerstörungspropagandisten und ihrer Beifallsbekunder, der Schläger, Denunzianten, Rabauken und ihren Hörsaal-, Schulraum- und Schreibtischsekundanten aus? In diesen Kreisen war sehr wohl blutiger Kampf um die

Macht angesagt, doch ganz gewiss standen die zentralen Elemente von nationalsozialistischer Politik ab 1933 – totalitäre Unterdrückung, Völkermord, Vernichtungskrieg und Ausrottung der Juden Europas – nicht am Horizont der allermeisten Menschen, die in dieser Weimarer Zeit lebten – wohl auch nicht der Mehrheit der Teilnehmenden an Aufmarsch und Kundgebung im Oktober 1931. Die Terror- und Vernichtungsdynamik startete nicht in Bad Harzburg, doch ihre Wurzeln waren hier geerdet, die inneren Triebkräfte ihrer Akteure wurden hier geweckt. Die heiligen Schwüre mörderischer NS-Politik, der Massen folgten, was man nie vergessen sollte, lassen sich bis hierin verfolgen. Den NS-Geboten folgte bald ein ganzes Volk. Sie lauteten:

„Du sollst deinen Führer, deinen Herrn ehren und ihm gehorchen“, „Du sollst falsch Zeugnis reden wider dem Nachbarn und dem Anderen ihn denunzieren, zerstören, wegsperren oder vertreiben lassen“, „Du sollst ‚Volks- und Blutsfremde‘ bestehlen und berauben“, bis hin zu Himmlers Gebot „Du sollst töten“.

Diesen Gebote waren Programm der Tat lange vor 1933, lange vor Dachau, dem ersten KZ, lange vor den Nürnberger Gesetzen, lange vor Krieg und Judenvernichtung. Sie formulieren den radikalen Bruch mit dem Dekalog, mit der christlich-abendländischen Wertetradition. In Bad Harzburg wurde der Knoten dieser Verbindung gelöst, der Knoten der latenten Einstellungen und Ansichten im Privaten, am Stammtisch, im Kriegerverein, bei irgendwelchen Weihen gefangen hielt. Bad Harzburg bewirkte, dass schwelende antidemokratische und antirepublikanische Einstellungen und Verhaltensmuster sich Raum verschaffen konnten hin zur bedingungslosen Unterstützung der Nationalsozialisten.

### ***Wer waren diese Menschen?***

Wir kennen gerade aus der Weimarer Zeit Gesellschaftsdiagnosen, die es uns ermöglichen, einen Zugang zum Denken und der Motivationslage von Menschen in ihrer damaligen Gegenwart zu bekommen. Ziehen wir diese zu Rate, können wir die Akteure nicht nur als Individuen, sondern auch als politisch-soziologische Kategorie in den Blick nehmen. Damit erreicht man bei Beachtung der konkreten Situationen eine Stufe von Abstraktion, die es möglich macht, Motivations- und Handlungsfelder in der Politik zu erfassen, die ein Lernen aus der Geschichte erst ermöglichen.

Der große Zeitgeschichtsschreiber Arthur Rosenberg, vom Fach Althistoriker, kritischer Zeitgenosse, Politiker der USPD, dann der KPD bis zu seinem Austritt 1927<sup>5</sup>, schrieb in seinem Buch *Die Geschichte der Weimarer Republik* über die „Stützen der Gesellschaft“ – rufen Sie sich bitte das berühmte Bild von George Grosz für das folgende Zitat in Erinnerung:

„In den Jahren 1924 bis 1928 haben die deutschen Mittelklassen, ebenso die Angestellten und Beamten, die den bürgerlichen Parteien angehörten, sich im Allgemeinen die Republik gefallen lassen. Sie hatten nichts gegen die Weimarer Republik, solange in Deutschland unter dieser Staatsform Ruhe und Frieden herrschten und man einigermaßen den Lebensunterhalt verdienen konnte. Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen behielten im Allgemeinen die Stimmen ihrer Wähler, auch wenn sie im Parlament für Regierungskoalitionen und den Dawesplan eingetreten waren. Damit waren jedoch die deutschen Mittelschichten ebenso wenig wie die Kapitalisten zu überzeugten Anhängern der Demokratie und der Republik geworden. Bei jeder ernststen Krise waren sie bereit, der demokratischen Republik den Rücken zu kehren.“<sup>6</sup>

Der Mittelstand, die Mittelschicht, die Mittelklassen, wie immer wir die Teile der Bevölkerung bezeichnen, die zwischen beiden Hauptklassen standen – die damals soziologisch noch ziemlich genau zu definieren waren –, wollten sich nun zunehmend weder Weimar noch eine Republik überhaupt „gefallen lassen“ – wie es Rosenberg so trefflich formulierte.<sup>7</sup> Die Wahlergebnisse der Jahre nach 1928 geben über diesen Bruch in den politisch artikulierten Einstellungen Aufschluss:

Die NSDAP hatte bei den Reichstagswahlen v. 14. September 1930 18,3 % der Stimmen erhalten, sie saß mit 107 Abgeordneten im Reichstag. Die Stimmen und Abgeordnetenzahl der DNVP hatte sich fast halbiert (7,0 %, 41 Abgeordnete). Am 10. April 1932 stimmten 36,8 % der Wählerinnen und Wähler gegen die Ikone deutscher Herrlichkeit, Hindenburg, für einen Reichspräsidenten Hitler und ein Jahr später bei den Wahlen zum 6. Reichstag gaben ihm 37,3 % der Wahlbevölkerung die Stimme. Das waren 13,75 Millionen Menschen, zusammen mit den 2,17 Millionen DNVP-Wählern also fast 15 Millionen bei 37 Millionen abgegebenen Stimmen. Nur 4 Jahre zuvor, bei den Reichstagswahlen im September 1928, hatte die Hitlerpartei etwas über 810.000 Stimmen erzielt, die DNVP 4,4 Millionen.

Dazwischen lag Bad Harzburg. Was wollten die Teilnehmenden – dies waren nur einige Tausend, die aber Millionen Anhänger im Reich repräsentierten – eigentlich? Was waren ihre Ziele, ihr Ansinnen, ihre Motive, ihre Antriebskräfte? Welcher Bilder und Vorstellungen von ihrer damaligen Gegenwart und Zukunft herrschten vor?

Was sie wollten, haben sie in der „Resolution von Bad Harzburg“ formuliert. Sie wollten eine Diktatur der Volksgleichen bei politischer Vernichtung des Anderen, die ohne Bedenken auch physischer Natur sein konnte. Sie wollten eine Zerschlagung des Rechts und der politischen und sozialen Kultur der Aufklärung und Moderne. Sie wollten die Herstellung deutscher Größe durch die Revision der Ergebnisse des 1. Weltkriegs.

Ich verzichte heute darauf den Text der Resolution<sup>8</sup> zu zerlegen. Wir haben diese Akteure in der Ausstellung als Täter gekennzeichnet, als Täter, die die Zerstörung von Republik und Demokratie aktiv betrieben, als Täter, die sich zur auch gewaltsamen Durchsetzung ihrer Ziele bekannten. Die Resolution von Bad Harzburg formulierte die *Selbstermächtigung* einer radikalen Minderheit, eine Selbstermächtigung, die mit jedem Propagandaerfolg, jeder Wahl in Kommunen und Provinzen seit 1930 zunehmend in aggressive, machthungrige Hybris hineinwuchs. Die Bedeutung der DNVP und des Stahlhelms in diesem Lager nahm dramatisch ab, aber die Leute verschwanden ja nicht, sie wechselten die Uniform und ihren Führer.

Die Bedeutung des Treffens von Bad Harzburg lag nicht etwa in der Gemeinsamkeit des Schwurs gegen Weimar. Diese Einheit gab es so nicht, weshalb der Tag von Harzburg in der Geschichtsschreibung oft gering geschätzt wird, weil er – eine eher hintergründige Erwartung der Historiografie als tatsächliche Absicht –, die Einheitsfront von Rechts nicht hergestellt hat. Die Bedeutung lag in der Formulierung eines gemeinsamen Willens, die es Hitler und der NSDAP ermöglichte, in hohem Maße das Potenzial an noch unartikulierten Republikgegnern auf ihre Seite in der Fraktion der Republikfeinde zu ziehen.

*Wie gelang dies?*

Den Millionen Antirepublikanern offerierte die NS-Bewegung eine Vision, ein besonderes Angebot, nämlich eine Ideologie, ein aus Bildern, Mythen, Ängsten geflicktes Welt- und individuelles Selbstverständnis, das in politische Tat umgesetzt werden sollte. Die in Mobilität, Aufmarsch, Radikalität von der NSDAP demonstrierte

Stärke versprach Tatkraft und energiegeladene Umsetzung von Mittelstandsträumen. Es ging um eine Ideologie, die viele Wurzeln im besonderen deutschen Weg in die Moderne hatte, es ging um eine Weltanschauung, deren Kern Ausgrenzung und innerer Zusammenschluss war oder, mit einem Begriff aus der neueren Soziologie gesprochen, die getragen wurde von der Einstellung einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Die NS-Ideologie zog Menschen an, die eine autoritäre Harmonie von Gemeinschaft wollten, sie war attraktiv weil sie Tatendrang verkörperte und die Chance zum Mittun bot. Zur Beschreibung des Charakterbildes der Anhänger und Förderer der NS-Bewegung komme ich auf den schon oben erwähnten Artikel von Carl v. Ossietzky zurück.

„Die Hitlerpartei betont gern ihre Andersartigkeit, und sie darf in der Tat nicht mit hergebrachten Normen gemessen werden. Würde sie heute jäh in Atome zerspringen, so bliebe doch das Faktum bestehen, dass sie noch vor kurzem fünfzehn Millionen Wähler gefunden hat. Sie muss also nicht nur einem politischen Bedürfnis sondern auch einer speziellen deutschen Gemütslage entsprechen. Ihre Brutalität, Großmüdigkeit und Hirnlosigkeit haben nicht abschreckend, sondern anziehend gewirkt und bedingungslose Gefolgschaft gefunden. Das bleibt eine nicht leicht zu beseitigende Tatsache.

Die Nationalsozialistische Partei hat für fünfzehn Millionen Deutsche genau das erfüllt, was sie sich unter einer politischen Partei vorgestellt haben. Niemals ist das deutsche Bürgertum in einem Säkulum so ehrlich gegen sich gewesen wie in diesen paar Jahren nationalsozialistischen Wachstums. Da gab es nicht mehr intellektuellen Aufputz, nicht mehr geistige Ansprüche, nicht mehr akademische Fassade reicherer Jahrzehnte. Der ökonomische Zusammenbruch hat die innere Rohheit, die plumpe Geistfeindlichkeit, die harte Machtgier bürgerlicher Schichten – Eigenschaften, die sich sonst halb anonym hielten oder in private Sphäre ableiteten – offen bloß gelegt.“<sup>9</sup>

Wir unterschätzen heute in der Retrospektive angesichts der kritischen Avantgarde von Weimar oft die ungeheure Anzahl an reaktionären, irrlichternden Geistern, die die Schaltstellen des Gewalt- und Staatsapparates, der Universitäten, des Schulwesens, der Redaktionsstuben und Verlagshäuser, der Salons und geselligen Vereine beherrschte. Nicht das Brechtsche Theater, nicht die gesellschaftskritische Literatur – Lion Feuchtwanger, Oskar-Maria Graf oder Erich-Marie Remarque erreichten im Ausland

ihre Auflagen, nicht im Deutschen Reich – nicht die Zeitschriften der Linken wie die *Weltbühne* oder die *Gesellschaft* von Rudolf Hilferding waren Leitmedien Weimarer politischer Kultur, sondern der *Tat-Kreis*, die Schriften von Ernst Jünger, August Winnig, Oswald Spengler und dutzenden anderen, vergessenen Literaten. Ossietzky kannte seine Pappenheimer und unterschätzte ihre Wirkung doch.

Zu Bad Harzburg gab es zum Beispiel überhaupt keine oppositionelle Regung von Belang. Gewerkschafts- und SPD-Blätter machten sich im Nachhinein lustig, was übrigens üblich war, doch der Lage gegenüber völlig unangemessen. Nur eine Kreiszelle der KPD versuchte eine Aktion gegen das Treffen und wurde einen Tag vorher verhaftet. Die „Eiserne Front“ wurde am 16./23. Dezember 1931 als Abwehrbündnis gegen die Truppen der Harzburger Front geschmiedet. Ihre Mitglieder kämpften oft tapfer und engagiert gegen die SA-, SS- und Stahlhelmverbände, doch sie waren von der Vorstellung geprägt, das rechtsextreme Straßenkämpfertum sei eine vorübergehende „Massenepidemie“.

Das sich verändernde Sozialgefüge fand seine politische Stabilität in den Jahren der Prosperität nach 1924, es offenbarte seine Sprengkraft in den Jahren der Krise nach 1929/30. Die sich bedrohtühlende Mitte begehrte auf. Der amerikanische Soziologe Seymour Lipset dementierte auf der Grundlage genauer Untersuchungen zur Weimarer Zeit die in den Nachkriegsjahren beliebte Auffassung, nach der politische Extremisten zur Diktatur neigen würden, die Gemäßigten der Mitte aber Garanten der Demokratie seien. Er hob hervor, dass die inhaltliche und weltanschauliche Nähe von Nationalsozialismus und damaligem deutschliberalen Demokratismus, etwa dargestellt in den deutschen Volksparteien unterschiedlicher nationalistischer Prägung, eng gewesen sei. Er nannte „Hitler, ein(en) Extremist(en) der Mitte“ denn dieser konnte auf diese zählen „je weiter die wirtschaftliche und soziale Krise in Deutschland sich ausbreitete.“<sup>10</sup>

Bei dieser m. E. nach die Tatsachen treffenden Analyse, bleibt die Frage offen, warum in einer den Mittelschichten ökonomisch mindestens ebenso bedrohlich erscheinenden Zeit, nämlich der Inflationsjahre mit ihrem Höhepunkt 1923, die Hitlerpartei und ähnliche Gruppierungen so gar nicht profitieren konnten, wohl aber 8 Jahre später. Real waren etwa die Mittelschichten als Geldbesitzer von der Inflation 1923 viel drastischer betroffen als von der Weltwirtschaftskrise seit 1929, die die Arbeiterklasse

und das Kleinbaurntum beutelte. Doch die Inflationszeit war von relativ kurzer Dauer, es war jedem klar, dass die Inflation eng mit dem verlorenen Krieg zu tun hatte. Es war eine nationale Krise, ihre Überwindung war absehbar. Die Weltwirtschaftskrise barg perspektivisch dauernde soziale Unsicherheit. Weltweit krachten Banken, Industrien, Weltmärkte zusammen. Die Hilflosigkeit von nationalem Regierungshandeln konnte jeder sehen, bekamen viele schmerzhaft zu spüren.

Und – ein zentraler politischer Unterschied zu 1923 bestand darin: 1923 war die NSDAP – trotz des Putschversuchs in München – noch ein kleiner Haufen, das rechtsextremistische Lager sehr zersplittert. Den nach Auswegen aus ihrer – auch eingebildeten – Misere Suchenden fehlte eine Figur der Verheißung, der sie sich anschließen konnten, eine Figur, die Erlösung versprach, ohne dass sich für sie etwas grundlegend am Status ändern würde. Das war nach 1930 anders. Die NSDAP war eine Macht geworden. Die Straßenschlachtenkämpfer und ihre Führer wollten schon Grundlegendes ändern, sie wollten ihr miefiges Dasein als Kleinbürger überwinden, wollten absolute Macht und totale Herrschaft. Die Biografien der Weimarer NS-Eliten sprechen Bände. Die Masse der Wähler, Zuschauer, Beifallsbekunder wollte Ruhe, Zucht und Ordnung und dabei den Eindruck haben, sie hätte was zu sagen, man höre ihr zu, sie könne Entscheidungen treffen. Und: Sie konnte wieder aus vollem Herzen gehorchen wollen.

Dieser Mittelstand ist zwar eine soziologische Kategorie, doch als solche eng an eine bestimmte Ideologie, eine Weltsicht gebunden. Die Mitte ist mit spezifischen normativen und ordnungspolitischen Vorstellungen der Gesellschaft von sich selbst eng an das Bestehende gebunden. Ihre Glieder ordnen sich neben die Hauptklassen – und die waren damals noch sehr ausgeprägt, weit weniger fragmentiert als heute – als statusfixierte Träger von Ruhe, Ordnung und Ausgleich ein. Sie begreifen sich als Garanten von tradierten, in paternalistischen Strukturen verankerten Normen. Sie haben mit Klassenkampf und Parteienstreit nichts zu tun – allerdings nur solange als etwa Abstiegsbefürchtungen Einzelschicksale bleiben, zumindest als solche wahrgenommen werden, solange – und das ist sozialpsychologisch zwar ein verstörender aber zentraler Befund – solange die Vorstellung oder die Angst vor dem Abstieg nicht um sich greift. Doch wenn der manifest droht, dann lösen sich die lockeren Bande zur bestehenden Ordnung auf. Wenn dann ein Angebot, auf dem

politischen Markt Erlösung verspricht, gibt's kein Halten mehr. Mit Hitler bot sich nun die visionäre Chance, aus der Vereinzelung in eine Masse einzutauchen, deren Führer nicht nur Bestandsschutz, sondern die Illusion von Herrschaft versprach.

Man kann es, so zynisch es klingen mag, auch drastischer ausdrücken: Das Versprechen der Herstellung von *Rasse*herrschaft bot dem Mittelstand die Garantie der sozialen, psychologischen und politischen Arterhaltung – bei entsprechender Botmäßigkeit. Doch die aufzubringen war der Deutsche geübt, oder um mit Max Weber zu sprechen: „Politisch betrachtet war und ist der Deutsche in der Tat der spezifische ‚Untertan‘ im innerlichsten Sinn des Wortes und war daher das Luthertum die ihm adäquate Religiosität.“<sup>11</sup> 30 Jahre nach Verfassen dieser Zeilen sollte die lutherische Religiosität durch nationalsozialistische Heilsversprechen abgelöst werden, und der deutsche Untertan entwickelte sich zum Untatentan, denn ihm wurde Erlösung durch Herrschaft über fremde Völker und Rassen angeboten, die ohne Gewalt und Exzesse ohne Grenzen nicht zu haben war. Das war dem Untertan klar.

### ***Und die anderen?***

Bei der Betrachtung dieses Formierungsprozesses des Rechtsextremismus in Weimar, dürfen wir die andere Seite nicht ganz außer Acht lassen. Dass diese Bewegung so erfolgreich werden konnte, lag nicht nur an ihrer Stärke, auch nicht nur an dem Willen des aggressiven Finanzkapitals zur offenen terroristischen Diktatur, sie wissen, wen ich paraphasiere, sondern ganz zentral an der Schwäche der Kräfte, die prädestiniert gewesen wären, sie zu bekämpfen: Der Arbeiterbewegung und den bürgerlichen Demokraten. Ich habe eben schon den Faktor der politischen Selbstgenügsamkeit genannt, kann auch das hier nicht weiter ausführen, will aber nur kurz den großen Analytiker des NS-Regimes, Franz Neumann, zu Wort kommen lassen, der zu den sozialdemokratischen Gebrechen der Weimarer Zeit meinte:

„Das naive Vertrauen auf soziale Reform, Erziehung und Rechtsstaatlichkeit kann die Demokratie selbst gefährden. Sie alle drücken den unpolitischen Charakter des Volkes aus, sie verleugnen oder wollen nicht wissen, dass der Kampf um die Macht der Agent des geschichtlichen Fortschritts ist, das heißt der Kampf um die Kontrolle der Zwangsorganisationen, um Polizei, um Justiz, um Armee, um Bürokratie und Außenpolitik“<sup>12</sup>, und – könnte man ergänzen – der Kampf um die Medien und

Meinungshoheit in der Gesellschaft. Die Erarbeitung und Umsetzung von Strategien zur Eroberung und Sicherung der politischen Macht, die den sozialen Kräfteverhältnissen, den ideologischen Verfasstheiten und den ökonomischen Bedingungen gerecht gewesen wäre, waren ganz gewiss keine Stärke der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien. Diese Schwäche wurde begleitet von einer kolossalen Selbstüberschätzung, die in ziemlich diffusen Vorstellungen vom Sozialismus wurzelte.

Der schon erwähnte Arthur Rosenberg hatte seinen Lesern 1928 ins Stammbuch geschrieben: „Die Eigenart der politischen Entwicklung Deutschlands hat es mit sich gebracht, dass bei uns das leere politische Schlagwort, die Illusion und die politische Lebenslüge ein viel größere Rolle spielt als bei andern Völkern.“<sup>13</sup> Nun hat sich bis heute wohl der zweite Teil dieser Aussage relativiert, beim ersten Teil bin ich mir dessen gar nicht so sicher.

### *Die Mitte heute*

Damit sind wir in der Gegenwart angelangt. Ich will nur relativ kurz auf eine zentrale, tief verwurzelte und dabei doch irrige Vorstellung vom Zustand unseres Gemeinwesens, auf unserer heutige „politische Lebenslüge“, um etwas undifferenziert und übertrieben mit Rosenberg zu sprechen, hinweisen: das ist der Glaube an die demokratische Vitalität und Stabilität der deutschen Mitte. Dieses so kaum definierbare, von allen Parteien umworbene, hofierte und gehätschelte Wesen bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte und gesamtdeutscher Gegenwart, scheint sich zu verändern. Um das so wirkungsmächtige Bild von der Zwiebel, der Schelskyschen „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, dem angeblichen Garanten von Ruhe, Ordnung und Wohlstand, zu bemühen:

Die Mitte beginnt sich zu häuten angesichts der Tatsache, dass die soziale Unsicherheit größer wird, sich die Kluft zwischen arm und reich spreizt, der persönliche Aufstieg keineswegs gesichert ist und der Abstieg droht.

In der neuen alten Republik änderte sich erst leise aber merklich das Verhalten eines bedeutenden Teiles der Mitte und vor allem ihres zahlenmäßigen zunehmenden sozialen Randes. Man verweigerte per Wahlenthaltung die Zustimmung zum republikanischen Parlamentarismus und privatisierte, verharrte sozusagen im stillen

Protest des Indifferenten. Nun artikulieren aber Teile dieser Mitte eine andere Art Aufmüpfigkeit. Sie kündigen wortgewaltig und selbsterhebend zentrale Elemente eines demokratischen und sozialen Konsens' auf.

Sekundiert von dem egomanischen Narzissmus vorlebenden Worthülsenjongleur Peter Sloterdijk, der den Reichen rät, sich ihrer Pflichten als Citoyen zu entledigen, um sich in neofeudal-paternalistischer Gönnermanier gefallend das Gemeinwesen nach eigenem Gutdünken zu alimentieren, erhebt sich ein wachsender Teil unserer Gesellschaft in eitler, selbstgefälliger Pose über das Gemeinwesen. Diese Kreise wollen in Hamburg und anderswo der Mehrheitsgesellschaft eine Schulform aufzwingen, die ihre Zöglinge von den Unterschichten, wie sie die Armen zu nennen pflegen, abgrenzt. Diese Kreise johlen wie Sekundaner in polizeigesicherten Versammlungen ihrem neuen Star Sarrazin zu, weil er ihnen die Gewissheit gibt, sie seien etwas besonderes, eine besonders erhaltenswerte Art in einer sich fragmentierenden Gesellschaft. Sie dürfen endlich wieder das Wort „asozial“ in den Mund nehmen, ohne dabei sich selbst zu meinen. Diese Kreise sind der Meinung, dass Schwache in unserer Gesellschaft zu viel Unterstützung bekommen und der Islam und seine Gotteshäuser sowieso Teufelszeug sind. Diese Kreise haben nun vorübergehend einen Haupt- und viele Nebensprecher gefunden, die ihre Gene ganz Klasse finden und sie ermuntern, die Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben, die Erosion unseres Gemeinwesens zu forcieren.

Nebenbei sei im Zusammenhang mit Sarrazin nur bemerkt: Nicht nur die Titel des Hauptwerks von Oswald Spengler aus dem Jahr 1918 und des Pamphlets von Thilo Sarrazin sind sich sehr ähnlich. Damals „der Untergang des Abendlandes“, heute „Deutschland wird abgeschafft.“

Feststellen müssen wir auch: Im Zuge ihres Versuchs, eine medial-kulturelle Hegemonie zu erobern – seinen ersten Höhepunkt hatte diese Strategie vor zwei Jahren im kollektiven 68er-Bashing – produzieren diese Kreise richtig heftigen Geschichtsrevisionismus. Petra Steinbach verlegt die Kriegstreiberei nach Polen, professorale Feuilletonisten spülen im Angriff auf die neue Untersuchung zum Auswärtigen Amt deren Akteure im Dritten Reich und danach weich. In vielen Orten der Republik machen sich selbst ernannte Chronisten auf, historische Erkenntnis der letzten Jahrzehnte durch Anekdoten und auch platte Lügen<sup>14</sup> zu entstellen.

Diese Alltagsbeobachtungen aus der Welt der Mitte werden durch wissenschaftliche Untersuchungen bestätigt: Die neuen Studien der *Friedrich-Ebert-Stiftung* und der *Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer aus Bielefeld* formulieren Zustand und Einstellungen dieser Mittelbürger: „Die Mitte in der Krise“ lautet der Titel der FES-Studie zu „rechtsextremen Einstellungen in Deutschland 2010“. Die Autoren betonen, gestützt auf ihre Erhebungen und Umfragen: „Die Bedrohung der Demokratie ist nicht von den Rändern, sondern aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu verstehen.“ „Das Phänomen (Rechtsextremismus, P.S.) steht der Gesellschaft scheinbar gegenüber, entspringt aber aus ihrer Mitte“. <sup>15</sup>

Es ist also nicht so, dass, wie noch in den ersten FES-Studien<sup>16</sup> angenommen, unser Problem darin liegt, dass der Rechtsextremismus vom „Rand zur Mitte“ eindringt, sozusagen die Mitte von außen bedroht. Andersherum wird ein Schuh draus: der Rechtsextremismus macht der Mitte Angebote, die Teile von ihr gern aufgreifen möchten. Wir können diesen Vorgang in fast allen europäischen Ländern beobachten. Die Parteien und Organisationen der äußersten Rechten bieten für schwer durchschaubare ökonomische und drängende soziale Probleme einfachste Lösungen wie Ausländer raus oder Kopftuch ab, raus aus der EU für eine nationale Wirtschaft und so weiter. Sie haben in Europa dort einen Schub bekommen, wo sie die Chance hatten, Regierungspolitik mitzubestimmen etwa in Dänemark oder den Niederlanden, wo die Mitte also die Möglichkeit sah, Macht auszuüben. In Frankreich prognostizieren die Beobachter einen Zustimmungsschub des Front National nach der Führungsübergabe von Jean-Marie Le Pen an seine Tochter. Der Front National stellt sich auf, um breite Wählerschichten, die bislang Sarkozy oder den Gaullisten folgten, zu rekrutieren. Bei uns halten sich die Wahlerfolge der Rechtsextremisten in Grenzen. Das liegt aber wesentlich an deren Unfähigkeit, eine Politik, die Machtteilhabe versprechen könnte, zu entwickeln. Das Potenzial in der Mitte ist bei uns genauso vorhanden wie in Europa.<sup>17</sup> Lassen Sie mich einige Umfrageergebnisse der FES-Studie zitieren:

35,6 Prozent der Deutschen sind der Meinung: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ (S.78). Davon, dass „die Ausländer nur hierher kommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen“, sind 47,6 Prozent überzeugt (S.78). Diese Abgrenzungsstrategie zwecks Selbsteinschluss in eine

**Formatiert:** Schriftart: Nicht Fett

**Formatiert:** Schriftart: Nicht Fett

**Formatiert:** Schriftart: 13 pt

**Formatiert:** Schriftart: Nicht Fett

**Formatiert:** Schriftart: Nicht Fett

**Formatiert:** Schriftart: Nicht Fett

**Formatiert:** Schriftart: Nicht Fett

**Formatiert:** Schriftart: 13 pt

vorgestellte Welt des Volksganzen manifestiert sich besonders in islamfeindlichen Aussagen: 55,4 Prozent haben allgemein Verständnis für Vorurteile gegenüber Muslimen: „Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind“. Noch mehr (58,4%) sind persönlich der Meinung: „Für Muslime sollte in Deutschland die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden.“ (S.134)

Formatiert: Schriftart: 13 pt

Dass diese massiver werdende Ausgrenzung des Fremden mit einem bis in formulierten Rassismus reichenden Nationalchauvinismus einhergeht, ist schon in vorangegangenen Untersuchungen deutlich geworden. 16,4 % meinen „eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ (S.80) und 27,3 Prozent halten es für „das oberste Ziel der deutschen Politik, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“ (S.77). Logischerweise würde dies am besten unter autoritär-diktatorischen Verhältnissen erreicht werden können, weshalb 23,6 % der Deutschen der Meinung sind: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert.“ (S.76)<sup>18</sup>

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: 13 pt

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: 13 pt

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Und um zum Ende noch auf die ähnliche Studie „Deutsche Zustände. Folge 9“ aus Bielefeld hinzuweisen: Die Heitmeyergruppe konstatiert: „Der Anteil derjenigen, die sich durch die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen bedroht fühlt, hat von 47% in 2009 auf 53% in 2010 signifikant zugenommen, was sich auch in aggressive Stimmungen niederschlägt.<sup>19</sup> Als Folge stellt die Forschungsgruppe fest: „Wir verzeichnen für die Gesamtbevölkerung einen signifikanten Anstieg von Islamfeindlichkeit (die Erhebung fand noch vor der Sarrazin-Debatte statt), der Einforderung von Etabliertenvorrechten und Israel-bezogenem Antisemitismus. ... Besonders auffällig ist die Entwicklung in den höheren Einkommensgruppen. ... Hier beobachten wir, anders als in den Analysen über alle Einkommensgruppen, einen signifikanten Anstieg fast aller Vorurteile, mit Ausnahme von Sexismus und der Abwertung von Behinderten. Eine subjektiv empfundene Krisenbetroffenheit, so der Anschein, führt ins Vorurteil. Ein Trend, der sich auch im Jahr 2010 in aller Deutlichkeit fortsetzt.“<sup>20</sup>

Ausgrenzung, Entgrenzung, Schaffung von Feindbildern und Suche nach dem messianischen Erlöser – einer ist nun gerade für einige Zeit abhanden gekommen, wobei Erlöser in Märtyrerpose ganz besonders attraktiv und unfehlbar werden –

heißen die Einstellungen, die sich zu antidemokratischen Bewegungen entwickeln können.

### **Schluss.**

Sie werden bemerkt haben, dass ich zur „politischen Aufgabe heute“, wie es im Titel der Veranstaltung angekündigt ist, gar nichts gesagt habe. Man mag mich schelten, ich hätte die Hälfte des Themas verfehlt. Dem entgegne ich schon mal prophylaktisch: Wenn das so empfunden wird, habe ich mich in der Erzählung der kurzen Geschichte von Bad Harzburg 1931 unverständlich ausgedrückt. Denn ich bin der Meinung, dass fern jeder Analogiebildung, die sowieso eine unredliche Angelegenheit des Polittalks und keine Methode der Wissenschaft ist, die eigentlich ganz banal klingende und doch so unendlich schwierig umzusetzende Lehre aus dieser Geschichte lautet: Das Ringen um soziale und freiheitliche Demokratie, um ihre republikanische Verfasstheit als Ganzem, um das „ganze Haus“, wie Oskar Negt zu formulieren geneigt ist, muss unseren politischen Alltag bestimmen – sonst werden die Risse in unserm mühsam errichteten Gemeinwesen tiefer und es wird richtig ungemütlich. Die Kräfte, die aktiv daran arbeiten, formieren sich.

---

<sup>1</sup> Leicht überarbeitete Fassung meines Vortrags „Das Ereignis von Bad Harzburg: historische Erinnerung und politische Aufgabe heute“ am 10. März 2011 im Rahmen des Begleitprogramms der Präsentation der Doppelausstellung: „Im Gleichschritt zur Diktatur. Harzburger Front von 1931“ und „Rechtsextremismus heute“ vom 07.-25. März 2011 in der Volkshochschule Hannover.

<sup>2</sup> Vgl. etwa Oskar Negt 2010: *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*, Göttingen, wenn er schreibt: „Als bei den Reichstagswahlen 1930 die Zahl der Abgeordneten der NSDAP von 12 auf 107 answoll, hätte das den politisch wachen Zeitgenossen ein Signal sein können, die Ausbreitung der braunen Bewegung durch besondere Kraftanstrengungen aufzuhalten – vor allem durch Vereinigungsbestrebungen der linken, antifaschistischen Kräfte. Ein knappes Jahr später waren es schon 230 Abgeordnete, und wenn deren Zahl auch 1932 noch einmal auf 196 Abgeordnete abrutschte, so war doch die Tendenz *eindeutig und die Entwicklung unumkehrbar*.“ S. 27 (Hv. P.S.) Nebenbei unterschlägt O.Negt hier ein Jahr, denn zwischen den RT-Wahlen am 14.9.1930 und den nächsten am 31.7.1932 liegen fast zwei Jahre, ein nicht unerheblicher Zeitraum in dieser dynamischen Zeit.

<sup>3</sup> *Die Weltbühne*, 29. Jg. v. 3. Januar 1933 S. 3-4

<sup>4</sup> Zur Erläuterung: Die von Werner Best, damals Amtsrichter und Rechtsberater der NSDAP später Chef des Amtes Verwaltung und Sicherheit im Reichssicherheitshauptamts, im Sommer 1931 entworfenen sogenannten Boxheimer Dokumente waren eine Handlungsanleitung zur Zerschlagung der politischen Gegner im Fall einer Usurpation der Macht durch die Nationalsozialisten. Sie gelangten noch vor dem Treffen der Harzburger Front an die Öffentlichkeit und erregten einige Aufmerksamkeit.

<sup>5</sup> Vgl. zu Leben und Werk vergleiche die Beiträge in: Rudolf W. Müller u. Gert Schäfer 1986: *Arthur Rosenberg zwischen Alter Geschichte und Zeitgeschichte, Politik und politischer Bildung. Reihe Zur Kritik der Geschichtsschreibung Band 4*, Göttingen/Zürich.

<sup>6</sup> Alfred Rosenberg 1972 (13): *Geschichte der Weimarer Republik*, Frankfurt a. Main (EVA) S. 171. Nach seinem 1928 veröffentlichten Buch *Die Entstehung der Deutschen Republik 1911-1918* erschien die *Geschichte der Deutschen Republik im Exil 1935* in Karlsbad. Beide Bände wurden 1955 bzw. 1961 von Kurt Kersten neu herausgegeben.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Aufsatz von Adelheid v. Saldern 1986: *Arthur Rosenbergs „Geschichte der Weimarer Republik“ – noch immer aktuell?* In: Gert Schäfer, R.W. Müller (Hg.) *Arthur Rosenberg zwischen Alter Geschichte und Zeitgeschichte, Politik und politischer Bildung*, Göttingen/Zürich, S.135-153.

---

<sup>8</sup> Vollständig dokumentiert und von mir kommentiert in dem Projekt *100(0) Schlüsseldokumente Dokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert* der Universität Erlangen in: [www.1000dokumente.de](http://www.1000dokumente.de). Vgl. auch den Beitrag von Joachim Perels: Die Bedeutung der „Harzburger Front für den Aufstieg des Nationalsozialismus im Ausstellungskatalog. Verein Spurensuche Harzregion (Hg.) 2009: Harzburger Front. Im Gleichschritt zur Diktatur. Sonderband 1 der Reihe Spuren Harzer Zeitgeschichte, Clausthal-Zellerfeld, S.60-65.

<sup>9</sup> Carl v. Ossietzky 1933: Wintermärchen, in: Die Weltbühne, 3. Jan. 1933 Nr.1 29. Jg. S. 4. Carl v. Ossietzky war kurz vorher aus dem Kerker entlassen worden, in den ihn die Republik wegen Enthüllungen über die Reichswehr für 18 Monate eingesperrt hatte. Wenige Wochen später wurde er von den NS-Machthabern ins KZ verbracht. Er starb 1938 an den Folgen der erlittenen Haft.

<sup>10</sup> Seymour M. Lipset 1959: Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte. In Ernst Nolte (Hg.) 1984: Theorien über den Faschismus, Köln, S.456,461.

<sup>11</sup> Max Weber 2005: Wirtschaft und Gesellschaft, Zweiter Teil, Frankfurt a. Main (Verlag 2001); S. 830 (Zweiter Teil Kap. IX 4. Abschnitt).

<sup>12</sup> Franz Neumann 1967: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a. Main, S. 255

<sup>13</sup> Arthur Rosenberg 1928: Die Entstehung der Deutschen Republik 1871-1918, Berlin. Zit. n. Gert Schäfer: Die Geschichtsschreibung und politische Erfahrung bei Arthur Rosenberg. In R.W. Müller/G. Schäfer a.a.O., S. 115.

<sup>14</sup> Ein Beispiel aus der Nähe: Im „Uhlenklippelspiegel“, dem Mitteilungsblatt (Auflage 800) des Bad Harzburger Geschichtsvereins, darf in fast jeder Nummer ein Hans Kuhne Geschichtsfälschung betreiben. Ein Beispiel: Unter dem Titel: „Gegen das Vergessen. Ein bisschen Geschichte für jedermann“ wird die Hitlersche Kriegstreiberei und Eroberungspolitik in Friedenssehnsucht gekleidet und den Alliierten die Verantwortung für den 2. Weltkrieg auferlegt: „Die Hoffnung der Menschen in Deutschland auf ein baldiges Kriegsende nach dem Polenfeldzug erfüllte sich nicht. Der am 30. November 1939 ausgebrochene finnisch-russische Winterkrieg machte deutlich, dass die Mächte, die eine Kriegserweiterungspolitik betrieben, für Friedensverhandlungen im großen Rahmen kein Verständnis aufbrachten. Den zunächst rein europäischen Krieg wollten sie nicht ausklingen lassen.“ (Nr. Nov. 2010, S.42)

<sup>15</sup> Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler 2010: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Herausgegeben von Nora Langenbacher (FES), Berlin, S.28 u. 58.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Peter Schyga 2007: Auch „deutsche Zustände“ haben eine Geschichte. Über die Zunahme rechtsextremistischer Weltbilder in der „Mitte“, in: Kommune 1/07, 25. Jahrgang, S. 29-31

<sup>17</sup> Vgl. dazu: Andreas Zick, Beate Küpper, Hinna Wolf 2010: Wie feindselig ist Europa? Ausmaße *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* in acht Ländern, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.) Deutsche Zustände Folge 9., Frankfurt a. Main, S.39-60.

<sup>18</sup> Vgl. dazu meine Aufsätze: Auch „deutsche Zustände“ haben eine Geschichte. Über die Zunahme rechtsextremistischer Weltbilder in der „Mitte“, in: Kommune Nr. 1/07, S.29-31 und: Rechtsextremistische Einstellungen in den Regionen. Zu aktuellen Studien über die Entwicklung des Rechtsextremismus, in: Kommune Nr. 2/09, S.63.

<sup>19</sup> Heitmeyer, Wilhelm 2010, Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: ders. (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 9., Frankfurt a. Main, S. 13-33.

<sup>20</sup> Eva Groß, Daniela Krause 2011: Krisenwahrnehmungen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen (Hrsg.) 2011: Mit der Krise leben? Europäische Konflikte, innergesellschaftliche Verwerfungen, Perspektiven. Reihe Kritische Interventionen Heft 12, Hannover (Offizin), S.27-28.